

BKA rechnet mit Vergeltungsaktionen von Linksextremisten

Berlin, 26.08.2017, 13:40 Uhr

GDN - Nach dem Verbot der Internetplattform "linksunten.indymedia" rechnet das Bundeskriminalamt (BKA) mit Vergeltungsaktionen von Linksextremisten. Es warnt davor, dass es zu schweren Brandstiftungen wie beim G20-Gipfel in Hamburg kommen könne.

"Die linke Szene dürfte das Verbot als Folge der öffentlichen und politischen Debatte um die gewalttätigen Ausschreitungen des G20-Gipfels im Juli in Hamburg sowie über die linke bzw. linksextreme Szene in Deutschland auslegen", heißt es in einer vertraulichen "Gefährdungsbewertung" des BKA vom 25. August, über den die "Welt am Sonntag" berichtet. Der Schwerpunkt des zu erwartenden Aktionsspektrums werde sich "in Form von einfacher Sachbeschädigung bis hin zu schweren Brandstiftungen erstrecken". Es sei von "Solidaritäts- und Vergeltungsaktionen" gegen den sogenannten staatlichen Repressionsapparat auszugehen. Bundesinnenminister Thomas de Maizière hatte kürzlich den Verein "linksunten.indymedia" verboten und aufgelöst. Die gleichnamige Plattform galt Sicherheitsbehörden zufolge als das wichtigste Instrument für die Kommunikation von gewaltorientierten Linksextremisten. Laut BKA stehen im Fokus linksextremistischer Straftäter in erster Linie staatliche Einrichtungen und das Personal in Ämtern, Polizeidienststellen und Ministerien. Die Wiesbadener Behörde sieht aber auch Wahlkampfveranstaltungen gefährdet: "Insbesondere im Hinblick auf anstehende politische Veranstaltungen im Bundesgebiet (z.B. Wahlkampfveranstaltungen anlässlich der Bundestagswahl, Tag der offenen Tür der Bundesministerien) bleibt festzuhalten, dass demonstrative bis hin zu strafrechtlich relevanten Aktionen im Begründungszusammenhang Vereinsverbot bundesweit einzukalkulieren sind", heißt es in der Analyse. Das Landeskriminalamt (LKA) Baden-Württemberg hat das BKA auf die "besondere Brisanz" für einen Wahlkampfauftritt des CDU-Politikers de Maizière hingewiesen, der am 28. August in Weil am Rhein stattfinden soll. Gleichzeitig wird der Schutz für LKA-Präsident Ralf Michelfelder und für seinen Vize Klaus Ziwey erhöht. Deren Wohnsitze sollen in den kommenden Wochen rund um die Uhr bewacht werden. Das geht aus einem "VS - nur für den Dienstgebrauch" gestempelten Papier des LKA hervor, das ebenfalls vom 25. August datiert ist. De Maizières Verbotsentscheidung würde als "Angriff auf die linke Szene als Ganzes wahrgenommen", heißt es in dieser Unterlage. Seitdem sei damit zu rechnen, dass es "zu Solidaritätsaktionen sowie zu entsprechenden Resonanzstrafaten kommt". Anschlagssziele könnten etwa Dienst- und Privatfahrzeuge von Polizei und Justiz sein. Die Beamten sollten deshalb für Straftaten wie "Brandanschläge auf Fahrzeuge" und "gelöste Radmuttern" sensibilisiert werden. Das LKA Baden-Württemberg hat die Gruppe "ISA Breisgau" eingerichtet, um die Lage ständig zu bewerten. Mitglieder von "linksunten.indymedia" hatten regelmäßig im "Kulturtreff in Selbstverwaltung" (KTS) in Freiburg im Breisgau getagt, der diese Woche durchsucht worden war. Die Institution der linksautonomen Szene besteht schon seit 1994. Das LKA weist die regionalen Polizeipräsidien in dem Papier jetzt an, offen und verdeckt geplante linksextremistische Aktionen zu ermitteln. Außerdem hat Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl (CDU) angeordnet, das LKA, das Landesamt für Verfassungsschutz und das Ministerium in Stuttgart verstärkt zu schützen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-93760/bka-rechnet-mit-vergeltungsaktionen-von-linksextremisten.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619